

WP8.1. Hass keinen Raum lassen.

Gremium: LaVo

Beschlussdatum: 10.05.2021

Tagesordnungspunkt: WP8. Wir öffnen unsere Gesellschaft für alle!

Text

1 Ausgrenzung, Mobbing, Hetze und rassistische Gewalt stellen eine Bedrohung für
2 unsere offene Gesellschaft dar. Dem stellen wir BÜNDNISGRÜNE uns entgegen.
3 Respekt vor unseren Mitmenschen muss die Grundlage des Umgangs miteinander sein.

4 Zunehmend nutzen Menschen die sozialen Medien, um ihre Meinung zu verbreiten und
5 sich Verbündete zu suchen. Uns ist es wichtig, dass Meinungen hinterfragt und an
6 Fakten und Gegenpositionen geprüft werden. Lügen und Verirrungen muss sachlich
7 und entschieden entgegengetreten werden. Das tun wir und dazu wollen wir immer
8 mehr Menschen ermutigen und dabei unterstützen.

9 Neonazis, Reichsbürger, als „Prepper“ getarnte Anhänger von Verschwörungsmynthen
10 und rechten Gewaltphantasien finden in ihrer Gegnerschaft zu einer offenen
11 Gesellschaft zunehmend Gemeinsamkeiten und bilden eine wachsende Gefahr. Auch
12 Angehörige von Polizei und Bundeswehr radikalisieren sich politisch, schmieden
13 aktiv Umsturzpläne, sammeln Namen zu eliminierender Gegner und bewaffnen sich.
14 Gegenwehr ist mit allen rechtsstaatlichen und zivilgesellschaftlichen Mitteln
15 erforderlich. Für rechten Terror darf es in Mecklenburg-Vorpommern keinen
16 Nährboden mehr geben.

17 Bildung, Prävention, Schutz gefährdeter Gruppen und Repression gegen politische
18 und rassistische Gewalt müssen zusammenwirken, um Diskriminierung und Hass keine
19 Chance zu geben.

20 Für eine Gesellschaft ohne Hass und ohne Hetze, werden wir:

- 21 • das Landesprogramm für Demokratie und Toleranz ausbauen und die Angebote
22 der Landeszentrale für politische Bildung und der Regionalzentren für
23 Demokratie und Toleranz im Sinne der Prävention antidemokratischer
24 Entwicklungen und der Befähigung zur Gegenwehr weiterentwickeln.
- 25 • Demokratiebildung und Medienkompetenz in der pädagogischen Ausbildung und
26 in Unterrichtsplänen fest verankern.
- 27 • die Beratungs- und Unterstützungsangebote für Opfer von Bedrohungen und
28 Angriffen weiter ausbauen und einen Landesaktionsplan gegen sexuelle und
29 häusliche Gewalt unter Beteiligung aller relevanten Ministerien auf den
30 Weg bringen.
- 31 • das Integrationskonzept des Landes und den Landesaktionsplan gegen Homo-
32 und Transphobie aktualisieren und mit ausreichend Projektmitteln
33 ausstatten.
- 34 • mit einem Landes-Antidiskriminierungsgesetz eine unabhängige
35 Antidiskriminierungsstelle des Landes schaffen, in der auch die
36 Beauftragten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus und die

37 Integrationsbeauftragten des Landes mit jeweils festen Mitarbeiterstäben
38 verortet werden.